

Neuwahlen in der Tschechischen Republik. (II): Wahlkampf und Resultate

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (1998). *Neuwahlen in der Tschechischen Republik. (II): Wahlkampf und Resultate*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 28/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47547>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Neuwahlen in der Tschechischen Republik

Teil II: Wahlkampf und Resultate

Zusammenfassung

Ein müder und unpolitischer Wahlkampf führte am 20. Juni 1998 dennoch zu einem überraschenden Ergebnis: Rechtsextreme *Republikaner* und linkspopulistische *Rentner für Lebenssicherheit* blieben deutlich unter der Fünfprozent-Hürde. Fünf Parlamentsparteien hatten die schwere Aufgabe, regierungsfähige Koalitionen zu bilden – mit den Kommunisten wollte niemand koalieren, untereinander konnten die drei Parteien der Mitte lange keine Gemeinsamkeit finden, die numerisch siegreichen Sozialdemokraten durften nicht sicher sein, ob sie die Wahl am Ende nicht noch verlören. Um den absehbaren Schaden vom Land abzuwenden, wurde Präsident Havel aktiv – in einem "konstitutionellen Putsch" möchte er die Verfassung so ändern, daß die Stellung des Präsidenten ungemein gestärkt und ein modifiziertes Mehrheitswahlssystem eingeführt werden.

Wahlkampf und Wahlprogramme im Schatten der Wirtschaftskrise

Daß die Wahlen ein am Ende partiell günstiges Ergebnis brachten, war nach *diesem* Wahlkampf einfach nicht zu erwarten gewesen. Die Wahlveranstaltungen aller Parteien waren zumeist so theatralisch-nichtssagend, daß die Presse sie in aller Regel nur noch ironisch kommentierte.¹ Die Slogans der Parteien waren peinlich oder unfreiwillig komisch, oft beides.² Die (wenigen) politischen Aussagen waren an den Haaren herbeigezogen: ČSSD-Chef Zeman verglich die aktuelle Lage mit einer Stätte der "verbrannten Erde", der Kommunist Grebeníček sah "Menschen sogar in Aschenkübeln wühlen, weil sie nichts zu essen haben". Aber hier war man offenkundig obskuren Umfragen erlegen, denen zufolge "seit Ende letzten Jahres die Zahl der Leute, für die das jetzige demokratische Regime mehr Vorzüge als der Kommunismus hat, unter fünfzig Prozent der Bevölkerung gefallen ist". Natürlich gab es solche Ansichten, und Zeman kam ihnen entgegen, mehr noch DŽJ-Chef Kremlíčka, aber sie hatten keine reale Basis: Vor dem November 1989 hatten 6% aller Haushalte unter der Armutsgrenze gelebt, 1996 nur noch 3%, und an zahllosen Details war nachzuweisen, daß die Tschechen unvergleichlich besser als früher lebten.³

¹ Hana Čápková et al.: Volte s úsmívem (Wählt mit einem Lächeln), in: Respekt, Nr. 24, 8.-14.6.1998, S. 9-11.

² Aufstellung, in: Mladá Fronta Dnes (MFD), 12.6.1998, S. 5.

³ Marek Švehla: Za komunistů bylo lépe (Unter den Kommunisten war es besser), in: Respekt, Nr. 22, 25.-31.5.1998, S. 9-11.

Daß überhaupt solche populistischen Spiegelfechtereien eine Rolle spielen konnten, lag an der argumenativen Armut des gesamten Wahlkampfes:⁴ Das von Klaus größtenteils selber verfaßte Wahlprogramm der ODS enthielt als einzige neue Idee, eine für alle gleiche Steuer in Höhe von 20% der Einkünfte einzuziehen – wovon die Partei aber bald wieder abrückte, als sie sich erst später die Verluste ausrechnete, die der Staat bei einer solchen Steuerregelung hätte.⁵ Dabei gab es gleich zwei gewichtige Gründe, über Wirtschaftsfragen tiefgehender und kompetenter zu sprechen. Zum einen waren *alle* am Wahlkampf Beteiligten der Ansicht, es müsse etwas zur Gesundung der tschechischen Wirtschaft getan werden. Zum zweiten war die Mehrheit der Menschen schon vor den Wahlen überzeugt, daß die nötige Gesundung in den nächsten zwölf Monaten *nicht* eintreten werde. Nach Parteipräferenzen verteilte sich dieser Pessimismus wie folgt (in %):⁶

Partei	Optimisten	Pessimisten
ODS	35	63
US	35	66
KDU-ČSL	22	75
SPR-RSČ	14	85
ČSSD	14	83
DŽJ	11	87
KSČM	8	90

Aber niemand schien eine Idee zu haben, wie die allseits ersehnte Wirtschaftsgesundung denn nun zu realisieren sei. Die ODS kam nicht mehr häufig auf ihren Plan der Steuergleichheit zurück, die KDU-ČSL insistierte nicht mehr auf einer Rückgabe von Kircheneigentum, und über die wuchernde Wirtschaftskriminalität verlor überhaupt niemand ein Wort. Statt dessen machten Ideen wie die einer "obligatorischen Offenlegung von Vermögen" die Runde, die wohl vom Sozialneid diktiert waren.⁷

"Die Tschechen sind gewöhnt, alles auf die Politiker abzuwälzen. Aber die sind auch nur so wie wir alle. Das heißt: faul, bequem, ungebildet, unverantwortlich, zynisch und abgefeimt", bemerkte ein Kritiker bissig und rechnete vor, wohin alles trieb: Das Wirtschaftswachstum wird bis zum Jahr 2000 unter einem Prozent liegen, während es "im benachbarten Polen im letzten Jahr sieben Prozent erreichte und heuer nur wenig niedriger sein wird".⁸ Das alles war seit Anfang 1997 durchaus bekannt, aber die Regierungen schufen einfach nicht die nötigen Veränderungen im Rechtssystem, die es dem Markt erlaubt hätten, Wirtschaftsprobleme selbstregulierend zu lösen.⁹ Und gerade unter ökonomischem Aspekt waren "die Programme der hiesigen Parteien so oberflächlich und nebelhaft".¹⁰

Wahlen und Wahlergebnisse

Die Wahllokale waren am 19. Juni nachmittags und am 20. Juni vormittags geöffnet. Die Wahlbeteiligung war mit 74,03% erstaunlich hoch und nur 2,38% niedriger als 1996. Am 20. Juni wurden gegen 16 Uhr die ersten Hochrechnungen verbreitet, aus denen sich die Riesenüberraschung ablesen ließ, die durch das offizielle Endergebnis bestätigt wurde:¹¹

Partei	Stimmen (%)	Sitze
ČSSD	32,31	74

⁴ Petr Holub: Ve víru politické vášni (Im Wirbel politischer Leidenschaft), in: Respekt, Nr. 21, 18.-24.5.1998, S. 9.

⁵ Tomáš Nimeček: Hodina nudy a rovná daň (Eine Stunde Langeweile und gleiche Steuer), in: Respekt, Nr. 19, 4.-10.5.1998, S. 3.

⁶ Nach einer Graphik, in: Lidové Noviny (LN), 15.6.1998.

⁷ Bericht, in: LN, 22.6.1998, S. 23.

⁸ Jan Macháček: S učebnicemi mezi mlýnské kameny (Mit Lehrbüchern zwischen Mühlsteinen), in: Respekt, Nr. 11, 9.-15.3.1998, S. 2.

⁹ Pavel Kokout: Rok s balíčkem (Das Jahr mit dem Paket), in: Respekt, Nr. 18, 27.4.-3.5.1998, S. 6.

¹⁰ Jan Macháček, Petr Holub: Království za hlas (Ein Königreich für eine Stimme), in: Respekt, Nr. 25, 15.-21.6.1998, S. 9-11.

¹¹ Zahlen, in: LN 22.6.1998, S. 1 ff.

ODS	27,74	63
KSČM	11,03	24
KDU-ČSL	9,00	20
US	8,60	19
SPR-RSČ	3,90	-
DŽJ	3,06	-

Das Ausscheiden von Kremličkas DŽJ und von Sládeks Republikanern, denen Umfragen noch eine Woche vor den Wahlen 13 bzw. 17 Sitze prognostiziert hatten,¹² wurde allgemein freudig begrüßt – bei letzteren auch von Strafverfolgungsbehörden, die bislang durch die Immunität der Abgeordneten daran gehindert waren, sich näher mit vermutlich illegalen Finanzpraktiken dieser Partei zu befassen. Zunächst einmal bekam sie jedoch Geld, nämlich die erwähnten 90 Kč pro Wähler (am 23. Juni 1998 war der Kurs für 1 DM 18,47 Kč). Im einzelnen verteilten sich diese "Staatszuschüsse" wie folgt:¹³

Partei	Stimmen	Zuschuß (Kč)
ČSSD	1.928.660	173.579.400
ODS	1.656.011	149.040.990
KSČM	658.550	59.269.500
KDU-ČSL	537.013	48.331.170
US	513.596	46.223.640
SPR-RSČ	232.965	20.966.850
DŽJ	182.900	16.461.000

Interessant war die regionale Differenzierung der Wählervoten, da diese ein aufschlußreicher Indikator für das dreifache Dilemma der postkommunistischen ČR ist: Zum einen gibt es ein Entwicklungsgefälle der Großregionen – Böhmen prosperiert, Mähren verliert. Zum zweiten besteht eine direkte Korrelation sozialer Benachteiligung und Wählervoten – je höher die Arbeitslosigkeit, desto höher die Stimmenanteile der Radikalen. Und zum dritten werden hier die konzeptionellen Fehler des (Pseudo)Marktwirtschaftlers Václav Klaus deutlich: Weil er von Marktwirtschaft mehr redete als dafür tat, mußte er Arbeitslosenunterstützung zahlen – aber Arbeitslose wählten ihn nicht. Im Detail ergab sich folgendes Bild (in %):¹⁴

Region	ČSSD	ODS	KSČM	KDU-ČSL	US
Prag	23,44	42,45	6,99	6,15	13,38
Mittelböhmen	32,70	29,94	11,52	6,50	7,90
Südböhmen	31,11	28,34	11,50	9,89	8,54
Westböhmen	32,72	27,74	11,73	6,82	8,37
Nordböhmen	34,71	26,26	12,59	4,14	7,80
Ostböhmen	29,94	27,73	10,00	11,56	9,07
Nordmähren	38,98	22,56	11,26	9,14	6,25
Südmähren	31,81	22,99	12,34	13,50	8,52

Wie bereits 1996, so war auch 1998 die Neigung Nordböhmens zu radikalen Voten deutlich: In dieser Region, die zu kommunistischen Zeiten Industriebetriebe und Gruben in Fülle beherbergte, hatten die Kommunisten ihre höchsten Ergebnisse, und selbst die Republikaner kamen hier mit 6,11% deutlich über die Fünfprozent-Hürde. Es gibt in der ČR mehrere solcher Rückzugsregionen, die sich aus obiger Tabelle leicht lokalisieren lassen. Einstweilen freuen sich Parteien wie die ČSSD über ihre dort erzielten Spitzenwerte, aber das Gefühl potentieller Gefahren für die tschechische Demokratie ist doch auch vorhanden.¹⁵ Dafür sorgen schon die Soziologen, die aus der Analyse der

¹² Zahlen und Graphiken, in: LN 12.6.1998, S. 1.

¹³ Tabelle, in: LN, 22.6.1998, S. 4.

¹⁴ Zahlen und Graphiken, in: Právo 22.6.1998, S. 3.

¹⁵ Detailliert Martin Kontra: Místo, kde bych nechtěl bydlet (Ein Ort, an dem ich nicht wohnen möchte), in: Respekt, Nr. 20, 11.-17.5.1998, S. 9-10.

Wahlergebnisse ein paar einleuchtende "Gesetzmäßigkeiten" herausdestillierten: Je höher die Arbeitslosigkeit einer Region, desto signifikanter radikale Stimmenanteile – proportional zur Einkommenshöhe fallen die Stimmen für ČSSD oder ODS aus. Je mehr die Durchschnittseinkommen unter 10.000 Kč liegen, desto besser platziert sich die ČSSD – wo man 11.000 bis 14.000 Kč und mehr monatlich verdient, also vor allem in Teilen Prags und in České Budějovice, dort steht man eisern zur ODS.¹⁶

Nach Sozial- und Altersgruppen hatte die ČSSD in Städten und Dörfern, bei Studenten und Arbeitern, bei Erstwählern und Beschäftigten im Schulwesen 30 und mehr Prozent bekommen, am deutlichsten bei Arbeitern (42%) und Armeeangehörigen (39,5%). Die ODS lag bei Unternehmern bei 46%, in Städten bei 31% und bei Erstwählern bei 28%. Extremisten von links und rechts konnten bei ausgewählten Gruppen überdurchschnittliche Stimmen erringen (in%):¹⁷

Sozialgruppe	Kommunisten	Republikaner
Dorf	13,5	6,8
Ältere (60 J. +)	18	2
Arbeiter	13	9
Armeeangehörige	10,8	14,0
Schulwesen	10,9	3,9

Aus den Wahlen 1998 wurde indessen auch die Instabilität radikaler Stimmen am Beispiel der Republikaner deutlich: Über 100.000 Stimmen gaben sie an die ČSSD ab, 26.000 an die KSČM, und 84.000 ehemalige Sládek-Wähler verzichteten auf ihr Stimmrecht.¹⁸

Ausblick auf die Regierungsbildung

Grundsätzlich zeigten sich die Tschechen mit dem Wahlergebnis zufrieden – unter Beigabe einer hohen Dosis von Skepsis.¹⁹ Und schon bald nach Schließung der Wahllokale dämmerte es vielen, daß dieses Ergebnis noch für viel Aufregung sorgen würde, denn es hatte letztlich ein Kuriosum fixiert: Es gab einen *Sieger* – aber möglicherweise mehrere *Gewinner*! Zwei Dinge waren von Anfang an klar: Wer Stabilität in die Regierung bringen will, braucht mindestens 101 Sitze – und diese nötige Stabilität darf unter gar keinen Umständen mit Hilfe der KSČM erreicht werden. Jetzt wurde gerechnet, und heraus kamen einige denkbare Koalitionen, die jedoch entweder mathematisch oder politisch nicht aufgehen wollten:²⁰

- **Alt-neue Koalition:** ODS + KDU-ČSL + US = 102 Sitze
- **Mitte-Links-Koalition:** ČSSD + KDU-ČSL = 94 Sitze
- **Rechts-Links-Koalition:** ČSSD + KDU-ČSL + US = 113 Sitze

Von diesem Sachstand waren die Tschechen, ausweislich einiger "Blitzumfragen" nach den Wahlen, offenkundig überfordert: 39% wünschten sich nach der einen Umfrage "als neuen Premier einen Sozialdemokraten", konnten sich aber nicht auf eine Person einigen, weswegen Zeman nur 15% bekam – weit weniger als Klaus (24%). Und die relativ meisten (18,4%) votierten nach einer anderen Umfrage für eine Koalition aus ODS + KDU-ČSL + US, die von Zeman (24,3%) geführt werden sollte.²¹

Zwei Tage nach der Wahl beauftragte Präsident Havel den ČSSD-Chef Zeman mit der Kabinettsbildung, was per se schon eine äußerst schwere Aufgabe war. Mit Blick auf die allgemeinen

¹⁶ Ivana Lesková, Tomáš Marek: Volby velmi silně ovlivnila ekonomika (Die Wahlen wurden sehr stark von der Wirtschaft beeinflusst), in: MFD, 25.6.1998, S. 14.

¹⁷ Zahlen, in: MFD, 22.6.1998, S. 8.

¹⁸ Bericht, in: MFD, 22.6.1998, S. 1.

¹⁹ Zahlen und Graphiken, in: MFD, 23.6.1998, S. 3.

²⁰ Roman Gallo: Vítězná ČSSD vůbec nemusí být v nové vládě (Die siegreiche ČSSD muß überhaupt nicht in der neuen Regierung sein), in: MFD, 22.6.1998, S. 2.

²¹ Mehrere Berichte zu den Umfragen in: LN 23.6.1998.

Erwartungen an die neue Regierung wurde sie vollends unlösbar: Stabil sollte die Regierung sein, vier Jahre lang sollte sie amtieren, eine Änderung der bisherigen Politik durchsetzen, für Wirtschaftswachstum sorgen, das "alarmierende Ausmaß" der Wirtschafts- und anderen Kriminalität senken und "gewisse soziale Probleme ausmerzen".²²

Die Erwartungen waren maßvoll und verständlich. Nur, wie sollte die entsprechende Regierung entstehen? Die *Mitte-Links-Koalition* wäre auf Tolerierung durch KSČM und US angewiesen; erstere bekäme sie auf jeden Fall, letztere vermutlich nicht, nachdem US-Chef Ruml entsprechende Zusagen im Wahlkampf wieder zurückgenommen hatte. Eine *Rechts-Links-Koalition* wurde von der US rundheraus abgelehnt, obwohl sich Lux noch Chancen ausrechnete, sie zu einem Sinneswandel zu bewegen. Auch eine *Alt-neue Koalition* käme wohl nur mit Schwierigkeiten zustande: Die US fordert von der ODS eine radikale Aufklärung von deren Finanzskandalen – weite Teile der KDU-ČSL hegen Antipathien gegen die ODS und Klaus persönlich; im Parlament hätte diese Koalition ganze zwei Stimmen Mehrheit, was angesichts der zu erwartenden konfliktträchtigen Gesetze überaus riskant erschien.

Als "irreal" wurden nur zwei denkbare Koalitionen verworfen: Eine "große Koalition" aus ČSSD und ODS hätte zwar eine solide Mehrheit von 137 Sitzen, wurde aber von den potentiellen Partnern nicht gewünscht: Die ODS sah die verschiedenen Parteiprogramme als absolut unvereinbar an, und das "Zentrale Exekutivkomitee der ČSSD" hatte eine solche Koalition "untersagt". Ausdrücklich "verboten" hatte dieses Gremium weiterhin eine ČSSD-KSČM-Koalition, die es immerhin auf 98 Sitze brächte und von den Kommunisten innigst gewünscht wurde.²³

"Putschist" Havel?

Unter diesen verwirrenden Umständen gingen nach den Wahlen die Debatten um das tschechische Wahlsystem weiter, die schon lange vor dem Wahltag geführt worden waren. Auch der daheim stets streitbare Präsident Havel hatte sich früh daran beteiligt:

Wir hatten die große Chance, uns 1990 dafür (= Mehrheitswahlsystem, W.O.) zu entscheiden. Damals war ich dessen großer Verfechter, aber im *Bürgerforum* habe ich damals den Kampf darum verloren. (...) Ich bin zu der Ansicht gelangt, daß bei uns irgendeine Kombination aus Elementen des Verhältnis- und des Mehrheitswahlsystems existieren sollte.²⁴

In der ČR wird nach einem reinen Verhältniswahlsystem gewählt, obwohl man es im November 1996 bei den Senatswahlen, zur zweiten Parlamentskammer, auch schon einmal mit dem Mehrheitswahlsystem versucht hatte – "das Resultat enttäuschte nicht". Allerdings wurde damals in zwei "Runden" gewählt, was das Ergebnis beeinflusste: In der ersten Runde bekamen ODS rund 40%, ČSSD knapp 21%, das Wahlbündnis aus ODA und KDU-ČSL 18%, KSČM 14%, die Republikaner hatten nicht kandidiert. Hätte es nur *eine* Wahlrunde gegeben, wären der ODS 77 der 81 Senatssitze zugefallen.²⁵

Der Senat ist in der ČR nicht sonderlich beliebt, auch nicht sehr bedeutsam (da er, anders als etwa der deutsche *Bundesrat*, keine konkrete Aufgabe hat), so daß diese einmalige Wahlrechtsänderung keine Schule machte. Das Verhältniswahlrecht hat eine lange Tradition in der Tschechoslowakei, weil es scheinbar zu Sicherheit, Repräsentativität der Wählervoten und zu stabilen Regierungen verhalf. Tatsächlich verschaffte es Wahlpatts, die mit großen Rechts-Links-Koalitionen überbrückt wurden; die so entstehenden Regierungen zeigten Entschlußlosigkeit und mehr oder minder große Unfähigkeit, irgendein

²² Bericht, in: LN 23.6.1998, S. 1 ff.

²³ Mehrere Berichte dazu, in: LN, 22.6.1998, S. 3.

²⁴ Václav Havel (Interview): Pøejí si, aby strany vzkvétaly (Ich wünsche mir, daß die Parteien blühten), in: Respekt, Nr. 15, 6.-13.4.1998, S. 12-13.

²⁵ Tomáš Nimeček: Stínadla se bouøí (Die Fallbeile dröhnen), in: Respekt, Nr. 13, 23.-29.3.1998, S. 9-11.

aktuelles politisches Problem zu lösen – was in den 30er Jahren zur Radikalisierung der Sudetendeutschen und zur Tragödie des Münchner Abkommens führte.²⁶ Dennoch ist in der gegenwärtigen ČR bei Politikern und Theoretikern die Bereitschaft nicht sehr ausgeprägt, das Wahlsystem zu ändern. Das aktuelle Wahlergebnis hat ihnen, wie es einen Tag nach der Wahl eine große Runde aus Politikern und Politologen im Tschechischen Fernsehen äußerte, recht gegeben, denn mittels des Verhältniswahlrechts wurden Rechtsradikale und Populisten ausgesondert und eine Regierungsbildung ohne Unterstützung der Kommunisten ermöglicht. Gegner dieser Einschätzung wendeten ein, daß das alles bei den nächsten Wahlen völlig anders sein könnte – etwa wenn die Wahlbeteiligung nur ein bißchen geringer ausfiele, was erfahrungsgemäß das Gewicht radikaler Stimmen überproportional ansteigen läßt.²⁷

Einmal mehr schaute in der ČR alles auf den Präsidenten Václav Havel: Seine massive Kritik vom Jahresende 1997 an der ODS ("postkommunistische Lähmung") hat er 1998 mehrfach erneuert und auf andere Parteien ausgeweitet, die Regierung Tošovský war eine reine "havlovláda" (Havel-Regierung), die Wahlen 1998 waren letztlich sein Werk.²⁸ Havel hat keine Angst vor einer etwaigen "Rückkehr des Kommunismus", wohl aber davor, daß er seine "Kämpfe mit dem Tod" verlieren könnte, bevor die tschechische Demokratie auf soliden Beinen steht. Darum hatte er sich vorgenommen, wie sein Sprecher Ladislav Špaček zu Jahresbeginn 1998 ausführte, "aktiver in das innenpolitische Geschehen einzugreifen".²⁹

Havel beabsichtigt einen "konstitutionellen Umsturz". Das heißt konkret, daß er seine "informell erkämpfte Kompetenz" in der Verfassung so fixiert wird, daß seine Stellung und die seiner Nachfolger im Präsidentenamt deutlich aufgewertet wird – Direktwahl, ausschlaggebende Rolle bei der Konzipierung der Außenpolitik, Ernennung von Ministern, Einfluß auf Regierungsentscheidungen, Recht auf Ausschreibung von Wahlen etc. Aber das würde derzeit vermutlich nicht einmal ein kerngesunder Havel, der noch anderthalb Amtsperioden vor sich hätte, schaffen – obwohl die Tschechen nicht prinzipiell gegen solche Änderungen zu sein scheinen: Laut Umfragen bekundeten 22% von ihnen, der neue Premier solle "eine Person sein, die der Präsident aussucht".³⁰ Andererseits muß etwas geschehen, und als Alternative bleibt nur eine Änderung des Wahlsystems, denn "die würde das zersplitterte Parteiensystem vereinfachen, den Einfluß von Extremisten begrenzen und zur Schaffung festerer Mehrheiten im Parlament beitragen". Zu diesem Ziel führen zwei Wege: Entweder man führt ein Mehrheitswahlrecht ("ein Bezirk – ein Abgeordneter") ein, oder man ändert das Wahlgesetz. Die erstere Möglichkeit erscheint momentan nicht real, also dürfte man sich auf die zweite konzentrieren. Diese sähe vor, statt der bisherigen acht Wahlkreise 40 kleinere einzuführen, wobei in jedem der kleineren Kreise auch weniger Mandate, nämlich nur fünf, zu vergeben wären. Und "schon ein so umgestelltes Verhältniswahlrecht wäre fähig, einen Mehrheitseffekt zu erbringen – eine Stärkung der großen Parteien zum Nachteil der Extremisten".³¹

Wolf Oschlies

²⁶ Petr Holub: Riskantní sázka na jistotu (Riskante Wette auf Sicherheit), in: Respekt, Nr. 24, 8.-14.6.1998, S. 2.

²⁷ Bericht über die Debatte, in: LN, 22.6.1998, S. 3.

²⁸ Martin Fendrych: Rakouská komplikace (Österreichische Komplikation), in: Respekt, Nr. 17, 20.-26.4.1998, S. 2.

²⁹ Bohumil Pečinka: Na počátku dalších bojů (Am Anfang weiterer Kämpfe), in: Respekt, Nr. 6, 2.-8.2.1998, S. 2.

³⁰ Graphik, in: LN, 23.6.1998, S. 2.

³¹ Bohumil Pečinka: Jak ven z pasti (Wie man aus der Falle herauskommt), in: Respekt, Nr. 23, 1.-7.6.1998, S. 3.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>